

STAATSBEGRIFF

klassische Definition:

Der Staat ist die mit ursprünglicher Herrschermacht ausgerüstete Verbandseinheit (Körperschaft) eines sesshaften Volkes. (GEORG JELLINEK)

- Staatsvolk
- Staatsgebiet
- Staatsgewalt (Souveränität)

erweiterte Definition:

Der Staat ist eine dauernde Verbindung von Menschen auf einem bestimmten Territorium; er schützt die Freiheit der Einzelnen, wahrt im Rahmen der Völkerrechtsordnung seine Unabhängigkeit, verfolgt dem Gemeinwohl dienende Interessen und setzt diese Ziele nötigenfalls mit Gewalt durch. (Haller/Kölz/Gächter, S. 9)

SOUVERÄNITÄT – EIN SCHILLERNDER BEGRIFF

Historisch: Souveränität („Zuhöchstsein“) als die dem Staat eigene, unbeschränkte, zeitlich unbegrenzte, unteilbare höchste Gewalt - nach innen und nach aussen.

(JEAN BODIN, 1576: „La souveraineté est la puissance absolue et perpetuelle d’une République.“)

Heute wird betont: Es gibt keine absolute, sondern nur eine mannigfach beschränkte, „relative“ Souveränität (nach innen wie nach aussen).

Die Souveränität und ihr sog. Träger:

- Monarch → Fürstensouveränität
- Parlament → Parlamentssouveränität (Grossbritannien)
- Volk → Volkssouveränität

BUNDESSTAATSTHEORIEN

- Lehre von der geteilten Souveränität
- Souveränität des Bundes –
Staatlichkeit der Gliedstaaten
- Souveränität des Bundes –
Selbstverwaltungskörper
- Lehre vom dreigliedrigen Bundesstaat
- moderne Konzeptionen

Subsidiaritätsprinzip

Im Verhältnis Einzelner-Gesellschaft-Staat (allgemein):

Was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, soll ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden. Der Staat soll eine Aufgabe erst dann übernehmen, wenn sie nicht durch die Individuen bzw. auf gesellschaftlicher Ebene bewältigt werden kann.

Im bundesstaatlichen Verhältnis:

Das übergeordnete Gemeinwesen soll nur tätig werden, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Massnahmen auf unterer Ebene nicht ausreichend erreicht bzw. auf der übergeordneten Ebene besser erreicht werden können.

(in Anlehnung an Art. 5 Abs. 2 EGV [1993], vgl. jetzt Art. 5 EUV)

Das Subsidiaritätsprinzip in der neuen BV (2000):

- zunächst nicht ausdrücklich erwähnt (vgl. jetzt Art. 5a)
- Art. 42 Abs. 2 (Aufgaben des Bundes)
- Art. 46 (Umsetzung des Bundesrechts)
- Art. 47 (Eigenständigkeit der Kantone)
- Art. 6 und Art. 41 (Eigenverantwortung)
- u.a.m.

BUNDESSTAAT: GRUNDPFEILER

Kompetenzverteilung zwischen Bund und Gliederstaaten

- Enumerationsprinzip
- „Kompetenzkompetenz“
des Bundes
- substantielle Autonomie
der Gliederstaaten
hinsichtlich
 - Aufgaben
 - Finanzen
 - Organisation

Mitwirkung der Gliederstaaten auf Bundesebene beispielsweise:

- Verfassunggebung
- Gesetzgebung
- Vollzug des Bundesrechts

Zusammenwirken der Ebenen

- Pflicht zur Unterstützung
- Pflicht zur Rücksichtnahme
(„Bundestreue“)

- Bundesaufsicht
- Vorrang des Bundesrechts

Entstehung des schweizerischen Bundesstaates

16.8.1847	Beschluss der Tagsatzung, den Bundesvertrag zu revidieren: Einsetzung einer Revisionskommission durch die Tagsatzung
17.2. – 8.4.1848	Ausarbeitung des Entwurfs durch die Kommission
15.5. – 27.6.1848	Beratung der Tagsatzung
27.6.1848	Verabschiedung durch die Tagsatzung (Zustimmung von 13 Ständen) Übergangsbestimmungen <ul style="list-style-type: none"> • Art. 1: Über die Annahme haben sich die Kantone „auf die durch die kantonalen Verfassungen vorgeschriebene [...] Weise“ auszusprechen. • Art. 2: Die Ergebnisse werden der Tagsatzung zugestellt, „welche entscheidet, ob die neue Bundesverfassung angenommen worden sei“.
August – September 1848	Abstimmungen in den Kantonen <ul style="list-style-type: none"> • Volksabstimmungen an der Urne oder an der Landsgemeinde (Ausnahme: in FR votierte der Grosse Rat) • Ja: 15 ½ Kantone • Nein: 6 ½ Kantone; UR, SZ, OW, NW, ZG, AI, TI, VS
12.9.1848	Tagsatzung erklärt die Bundesverfassung für angenommen und setzt sie in Kraft

Schaffung des Kantons Jura

- 1970 Annahme eines Zusatzes zur Berner KV (1. März):
Festlegung des Abstimmungsverfahrens in BE.
- 1974 Volksabstimmung in allen 7 jurassischen Bezirken:
„Wollt ihr einen neuen Kanton bilden?“ (23. Juni).
- 1975 Volksabstimmung in den 3 südjurassischen Bezirken,
die einen Kanton ablehnten (16. März); Abstimmungen
in 14 Grenzgemeinden und im Bezirk Laufen
(Herbst).
- 1976/7 Bestellung des Verfassungsrates
Annahme der Kantonsverfassung (20. März 1977)
Gewährleistung durch Bundesversammlung (mit Aus-
nahme des sog. Wiedervereinigungsartikels, Art. 138).
- 1978 Volk und Stände billigen die Schaffung des Kantons
Jura (Änderung Art. 1 und 80 aBV) (24. September)
- 1979 Jura wird zum 26. Kanton (1. Januar).
- 1994 Kantonswechsel des Laufentals von BE zu BL (1. Ja-
nuar), dies nach Aufhebung der Abstimmung vom 11.
September 1983 wegen verdeckter finanzieller Unter-
stützung des Abstimmungskampfes (vgl. BGE 114 Ia
427; BGE 113 Ia 146) und erneuter Abstimmung am
12. November 1989 (vgl. BGE 117 Ia 41).
- 1996 Kantonswechsel von Vellerat von BE zu JU (1. Juli).
- 2012 Absichtserklärung der Regierungen von BE und JU zur
Durchführung von Volksabstimmungen über die
institutionelle Zukunft der interjurassischen Region im
Kanton Jura und im Berner Jura (20. Februar).
- 2013 Nein des Berner Juras zu einem Kantonswechsel
(Ausnahme: Moutier), Ja des Kantons Jura
(Volksabstimmungen vom 24. November 2013).

Föderalismusreform

(BB vom 3. Oktober 2003, angenommen in der Volksabstimmung vom 28. Nov. 2004, in Kraft seit 1. Januar 2008; AS 2007 5765)

Kompetenzausscheidung Bund – Kantone

- Verankerung des Subsidiaritätsprinzips (Art. 5a anstelle von Art. 42 Abs. 2 BV)
- Grundsätze für die Zuweisung und Erfüllung staatlicher Aufgaben (Art. 43a BV)
- Änderungen in der Kompetenz- und Finanzordnung: Aufgabenentflechtung (Art. 54 – 135 BV)

Verträge zwischen den Kantonen

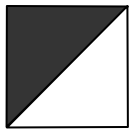
- Delegation von Rechtsetzungskompetenzen an interkantonale Organe (Art. 48 Abs. 4 BV)
- Vorrang des interkantonalen Rechts vor dem kantonalen Recht (Art. 48 Abs. 5 BV)
- Allgemeinverbindlicherklärung von Verträgen zwischen den Kantonen durch den Bund (Art. 48a BV)

KOMPETENZEN: ARTEN

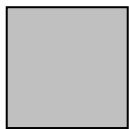
Tragweite:



umfassende Bundeskompetenz




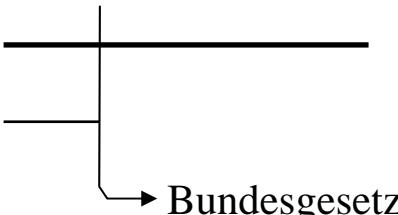
fragmentarische Bundeskompetenz

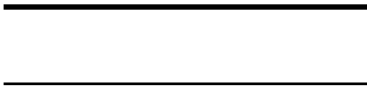


Grundsatzgesetzgebungskompetenz

Wirkung:

Bund  **ausschliesslich**
Gliedstaat **(ursprünglich derogatorisch)**

Bund  **konkurrierend**
Gliedstaat **(nachträglich derogatorisch)**

Bund  **parallel**
Gliedstaat

Mitwirkungsrechte der Kantone im Bund

Initiatives Handeln

keine Verfassungsinitiative, dagegen:

- Wahl Ständerat
- Standesinitiative (1 Kanton)

Reaktives Handeln

- Verfassung: Ständemehr
- Staatsverträge: Ständemehr oder fakultatives Referendum (8 Kantone)
- Gesetzgebung: fakultatives Referendum (8 Kantone)

Weitere Mitwirkungsrechte

- im Vernehmlassungsverfahren
- beim Vollzug von Bundesrecht

Verträge zwischen Kantonen (Art. 48 BV)

Arten:

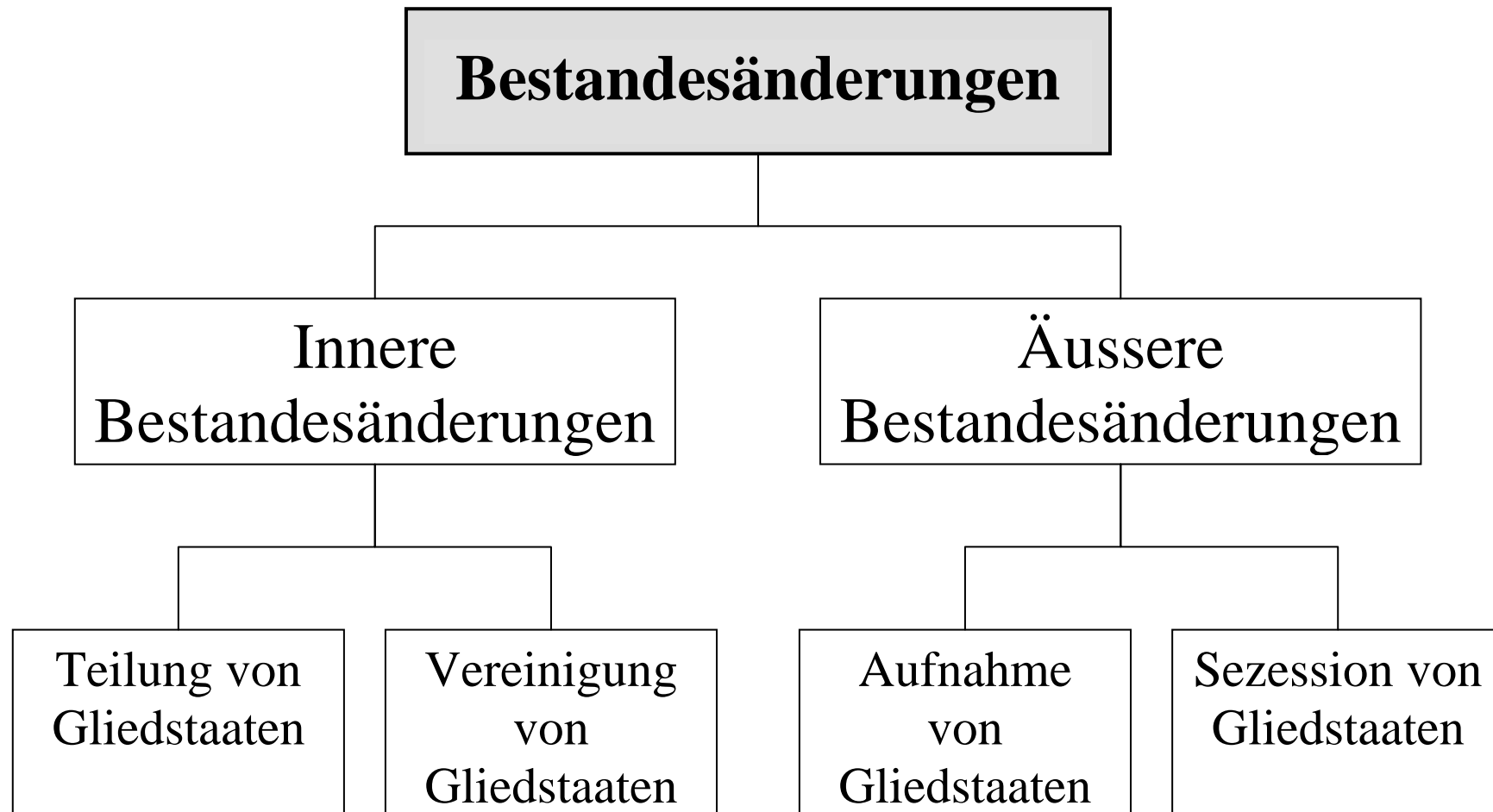
- rechtsgeschäftlich
- rechtsetzend: – unmittelbar
– mittelbar

Zulässigkeit:

- kantonaler Kompetenzbereich
- kein Verstoss gegen Bundesrecht oder Bundesinteressen (Art. 48 Abs. 3 BV)
- kein Verstoss gegen die Rechte anderer Kantone (Art. 48 Abs. 3 BV)

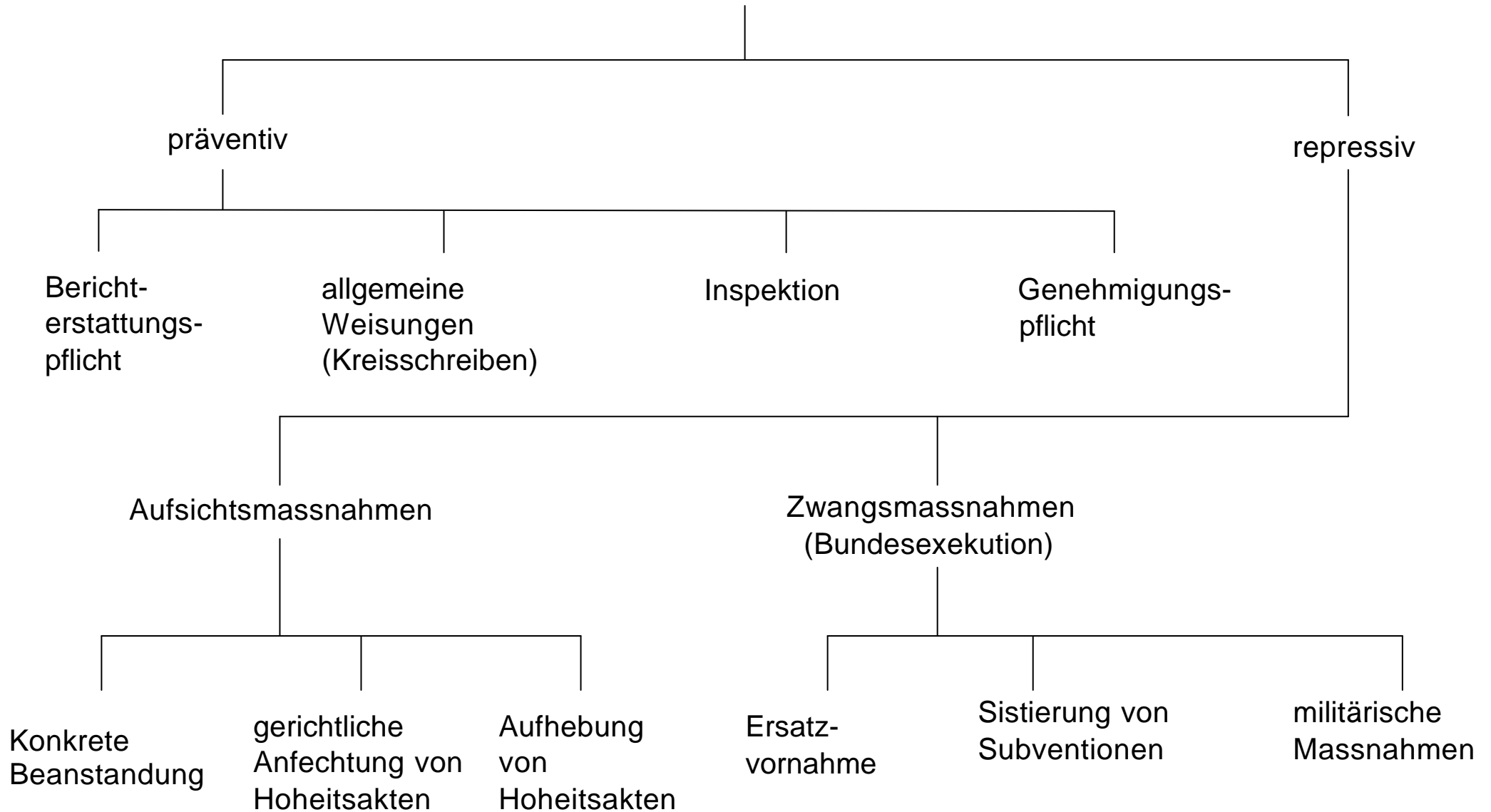
Verfahren:

- interkantonale Ebene: Verhandlungen und Abschluss
- kantonale Ebene: Beitrittsverfahren
- Bundesebene: – Kenntnissgabe an den Bund (Art. 48 Abs. 3 BV)
– falls Einsprache (Bundesrat, Art. 186 BV, oder anderer Kanton, Art. 172 BV):
Genehmigung durch die
Bundesversammlung (Art. 172 BV)



Quelle: Haller/Kölz/Gächter

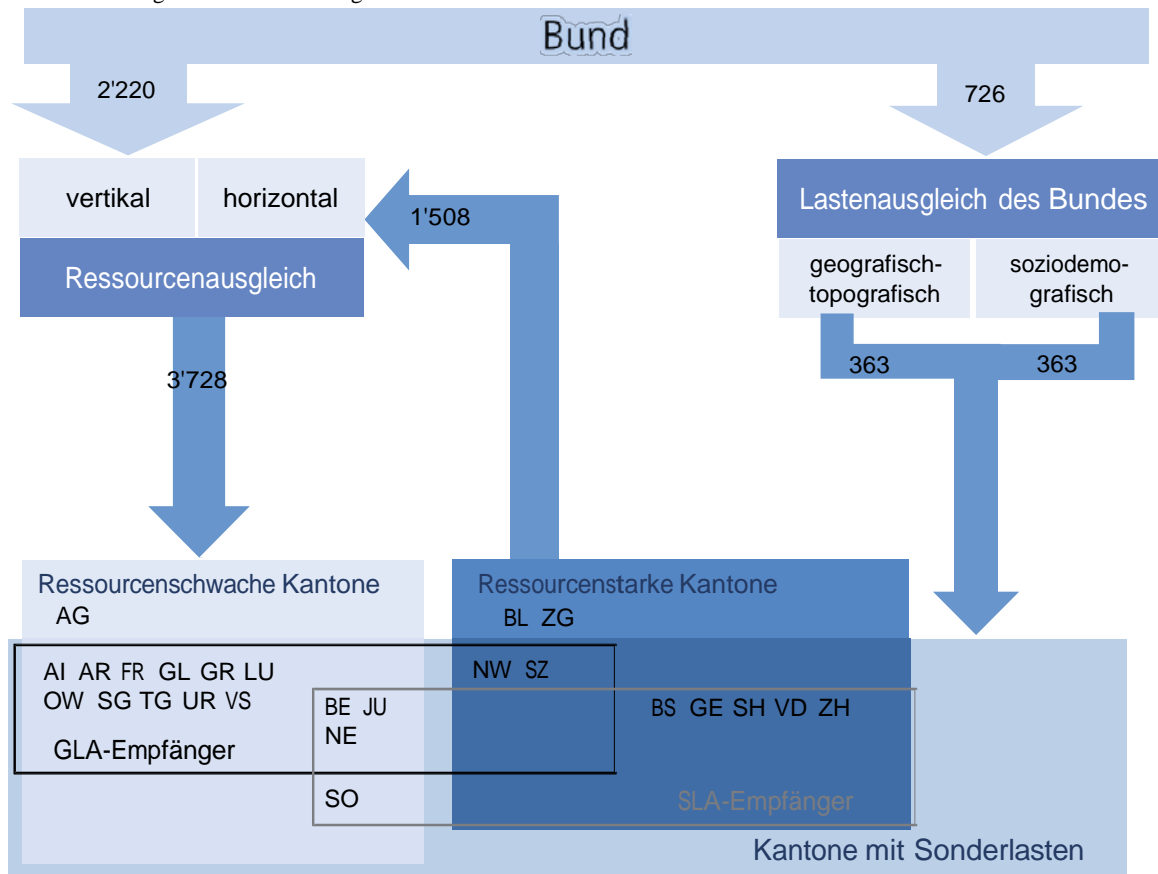
Bundesaufsicht



NFA: Finanzausgleich (Art. 135 BV)

Finanzströme im Ausgleichssystem für das Jahr 2014

GLA: geografisch-topografischer Lastenausgleich
 SLA: soziodemografischer Lastenausgleich



Zahlungen in Mio. CHF

Zahlenangaben: Grundbeiträge für die Jahre 2012-2015 (vgl. Art. 5 und Art. 9 FiLaG)

Quelle: Wirksamkeitsbericht 2012-2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, S. 21.